

## SOZIALE TEILHABE SICHERN

### MOBILITÄT IM LÄNDLICHEN RAUM SICHERN

Ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) ist unverzichtbar für das Funktionieren unseres Gemeinwesens, er ist elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Nur durch einen attraktiven und barrierefreien ÖPNV ist die Mobilität und damit die gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen zu sichern.

Im ländlichen Raum Sachsens hat der öffentliche Nahverkehr teilweise nur noch eine Nischenfunktion und taugt kaum als Alternative zum eigenen Pkw. Daher werden heute über 80 Prozent der täglichen Wege mit dem Auto zurückgelegt. Die Mobilitätsarmut von Menschen, die kein Auto besitzen, dürfen wir jedoch nicht zulassen! Es muss gelingen, mit innovativen Konzepten die Verschlechterung des ÖPNV zu stoppen. Im ländlichen Raum muss mindestens ein Grundangebot gesichert bzw. geschaffen werden – und das zu bezahlbaren Preisen.

Die Entwicklung flexibler Angebote wie dem Rufbus, dem Anrufsammeltaxi und dem Bürger- oder Kombibus, der auch Güter transportiert, schafft neue Möglichkeiten. Immer öfter werden private und öffentliche Verkehrsmittel dabei kombiniert. Ganz pragmatisch wird eine maßgeschneiderte Mobilitätskette aus z.B. Carsharing, Bus oder Fahrrad zusammengestellt. Um solche Mobilitätsangebote zu entwickeln, brauchen Länder und Kommunen eine gesicherte Finanzierungsgrundlage. Aus diesem Grund setze ich mich weiterhin für eine angemessene öffentliche Nahverkehrsfinanzierung durch den Bund ein.



## ZUKUNFT OHNE BRAUNKOHLE

### EIN BERGRECHT FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT

In einem dicht besiedelten Bundesland wie Sachsen führt der Abbau von Bodenschätzen beinahe zwangsläufig zu vielfältigen Konflikten und Risiken. So ist der oberirdische Abbau von Braunkohle, Kies oder Gesteinen mit einer Zerstörung der gewachsenen Kulturlandschaft und der natürlichen Lebensräume von Tieren und Pflanzen verbunden.

Das deutsche Bergrecht stellt den Abbau von Rohstoffen über die Grundrechte des Einzelnen. Betroffene haben in der Praxis keine Chance, ihre Rechte durchzusetzen. Die Regelungen zu Transparenz, Bürgerbeteiligung, gesamtgesellschaftlicher Abwägung und zum Rechtsschutz bei Bergbauprojekten sind völlig unzureichend. Deshalb streite ich für eine Novelle des Bundesberggesetzes.

Bergbau ohne Einbettung in eine Rohstoffstrategie, die auch Effizienz, Wiederverwendung, Recycling und Substitution von Rohstoffen im Fokus hat, ist aus meiner Sicht nicht nachhaltig. Ich bin zudem überzeugt, die Braunkohle ist ein Auslaufmodell! Braunkohlekraftwerke sind für etwa 20 Prozent der Gesamtemissionen in Deutschland verantwortlich. Es besteht keinerlei Erfordernis für die Erschließung neuer Tagebaufelder, die Vorräte der erschlossenen Tagebaue reichen noch Jahrzehnte. Für diese Dinosaurier-Technologie dürfen nicht länger Menschen in der Lausitz ihre Heimat verlieren. Die Erneuerbaren Energien hinterlassen keine Mondlandschaften, die mit Milliardenaufwand wieder rekultiviert werden müssen. Die Rutschungen in jüngster Vergangenheit haben außerdem gezeigt, dass Ewigkeitskosten bleiben, die kein Unternehmen trägt, sondern die Steuerzahler.

## VITA STEPHAN KÜHN

Stephan Kühn wurde 1979 in Dresden geboren. Er wuchs in seiner Heimatstadt Dresden auf und legte am Marie-Curie-Gymnasium 1998 sein Abitur ab. Nach dem Zivildienst bei der Grünen Liga Sachsen e.V. studierte er Soziologie an der Technischen Universität Dresden. Sein Studium schloss er 2008 mit Diplom ab. Anschließend arbeitete er als Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Grünen-Landtagsfraktion in Sachsen.

Im Jahr 2004 wurde er in den Dresdner Stadtrat gewählt. In der Grünen-Fraktion war er verkehrspolitischer Sprecher. Im Januar 2010 schied er aus dem Stadtrat aus. Bei der Bundestagswahl 2009 zog er über die Landesliste Sachsen in den Bundestag ein. Er ist verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion. Stephan Kühn ist im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Seit Frühjahr dieses Jahres ist er stolzer Papa seines Sohnes Jonathan.

### KONTAKTDATEN

Website: [www.stephankuehn.com](http://www.stephankuehn.com)

Facebook: [www.facebook.com/stephankuehn.dresden](https://www.facebook.com/stephankuehn.dresden)

Twitter: [www.twitter.com/stephankuehn/](https://www.twitter.com/stephankuehn/)

#### Bundestagsbüro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 227-71866 Fax: +49 (0) 30 227-76864

E-Mail: [stephan.kuehn@bundestag.de](mailto:stephan.kuehn@bundestag.de)

#### Bürgerbüro Dresden/Oberes Elbtal

Bischofsplatz 6, 01097 Dresden

Telefon: +49 (0) 351 810-5616 Fax: +49 (0) 351 899-6948

E-Mail: [stephan.kuehn@wk.bundestag.de](mailto:stephan.kuehn@wk.bundestag.de)

#### Bürgerbüro Chemnitz/Südwestsachsen

Lohstraße 9 (Getreidemarkt), 09111 Chemnitz

Telefon: +49 (0) 371 666-26970 Fax: +49 (0) 371 666-26971

E-Mail: [stephan.kuehn@wk2.bundestag.de](mailto:stephan.kuehn@wk2.bundestag.de)

#### Bürgerbüro Görlitz/Oberlausitz

Berliner Str. 31, 02826 Görlitz

Telefon: +49 (0) 3581 448420 Fax: +49 (0) 3581 667288

E-Mail: [stephan.kuehn.wk05@wk.bundestag.de](mailto:stephan.kuehn.wk05@wk.bundestag.de)



**STEPHAN KÜHN  
FÜR SACHSEN  
IM BUNDESTAG**



## INVESTITIONEN IN KÖPFE STATT BETON

### IMPULSE FÜR OSTDEUTSCHLAND

Im Mittelpunkt meiner Arbeit als Berichterstatter der grünen Bundestagsfraktion für den Aufbau Ost steht die Frage, wie sich in Ostdeutschland eine selbsttragende Wirtschaftsstruktur etablieren kann. Denn die wirtschaftliche Angleichung stagniert und die ostdeutsche Wirtschaft entwickelt sich langsamer als in den alten Bundesländern.

Die Löhne im Osten liegen noch immer unter Westniveau. Aus meiner Sicht ist es an der Zeit zu erkennen, dass der Aufbau Ost als nachholende Modernisierung nach dem Vorbild West nicht funktioniert. Die Wirtschaft wird sich nur entwickeln können, wenn die noch zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Solidar-pakt II konsequent in Köpfe statt in Beton investiert werden. Denn immer noch fließt zu viel Geld in teure Infrastrukturprojekte.

Die größten und nachhaltigsten wirtschaftlichen Erfolge bringt aber die Förderung von Unternehmen, die neue Produkte entwickeln und erforschen. Vordringlich sind deshalb Investitionen in eine qualitativ hochwertige und vielfältige Bildungslandschaft. Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen müssen stärker unterstützt werden, damit sie als Innovationskerne für die regionale Wirtschaftsentwicklung wirken können. Ich bin überzeugt, die Energiewende ist unverändert die Chance für den Osten.

Die Erneuerbaren Energien haben zehntausende Jobs in den neuen Bundesländern geschaffen. Das lokale Handwerk und strukturschwache Regionen profitieren davon. Mein Ziel lautet daher Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien.



## KOMMUNEN STÄRKEN

### AKTIV GESTALTENDE STADTPOLITIK FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM

Unsere Kommunen brauchen bei den großen Herausforderungen wie soziale Inklusion, städtische Mobilität, Energieeffizienz, Klimaschutz sowie alten- bzw. familiengerechter Umbau und Barrierefreiheit die Unterstützung vom Bund.

Die schwarz-gelben Kürzungen bei der Städtebauförderung schaden dem sozialen Zusammenhalt in den Städten, verschärfen regionale Ungleichheiten und entmutigen Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement. Sie führen zu einem Investitionsstau und gefährden damit wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze. Als Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung setze ich mich dafür ein, die Förderung wieder zu erhöhen und ostdeutsche Wohnungsunternehmen von Altschulden zu entlasten.

Ebenso kurzichtig war die Streichung der Mittel für energetisches Bauen und Sanieren. Die energetische Modernisierung muss bezahlbar sein und die Kosten gerecht verteilt werden. Eine Bundesförderung ist notwendig, um die energetische Sanierung von Wohnquartieren gezielt voranzutreiben und dabei einkommensschwache Haushalte zu unterstützen. Sie sind es auch, die von rasant steigenden Mieten betroffen sind. Ich will den Mieterschutz stärken und es Kommunen wieder ermöglichen, Neuvertragsmieten durch Mietobergrenzen in städtebaulichen Sanierungsgebieten zu begrenzen. Bestandsmieten sollen nur noch 15 statt wie heute üblich 20 Prozent im 3-Jahreszeitraum erhöht werden dürfen. Die Modernisierungumlage sollte auf energetische Sanierung und altersgerechten Umbau beschränkt werden.

### AUSBAU DES BAHNNETZES VORANTREIBEN

Als verkehrspolitischer Sprecher meiner Fraktion setze ich mich für eine Bahn ein, die so gut wird, dass immer mehr Menschen bereit sind umzusteigen und mehr Güter über die Schiene transportiert werden. Mein Anspruch ist, Mobilität für alle Menschen zu erschwinglichen Preisen und umweltverträglich zu organisieren.

Eine nachhaltige Verkehrspolitik muss daher dem konsequenten Ausbau des Eisenbahnnetzes hohe Priorität beimessen. Der Netzausbau bei der Bahn bliebe aber nur Stückwerk, wenn nicht gleichzeitig das Angebot im Fernverkehr mit geplant wird. Hier ist der Bund in der Pflicht in allen Regionen ein attraktives Fernverkehrsangebot sicherzustellen. Ich setze auf einen landesweiten integralen Taktverkehr – vom Fernverkehr, der die Städte miteinander verbindet bis hin zur Regionalbahn und dem Regionalbus, der die Fläche erschließt.

Besondere Bedeutung hat die (Wieder-) Anbindung der sächsischen Städte Chemnitz, Zwickau, Plauen, Freiberg, Bautzen und Görlitz an das Fernverkehrsnetz. Die Landeshauptstadt Dresden gehört zu den 15 deutschen Großstädten mit dem schlechtesten Eisenbahnfernverkehr. Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, auch die Wirtschaft braucht den Fernverkehr. Deshalb habe ich in Chemnitz und Görlitz parteiübergreifende Fernverkehrsbündnisse mitinitiiert. Der Ausbau der Bahnstrecke Dresden – Berlin, die durchgehende Elektrifizierung der Sachsen-Franken-Magistrale sowie der Trassen Dresden – Görlitz und Leipzig – Chemnitz müssen höchste Priorität haben.

## FERNVERKEHRSANSCHLUSS FÜR SÄCHSISCHE STÄDTE



## LÄRMSCHUTZ VERBESSERN

### KAPUTTE STRASSEN UND BRÜCKEN SANIEREN

In Sachsen und im Bund wird Geld für eine Verkehrspolitik von vorgestern versenkt. Finanziert werden Großprojekte mit geringem verkehrlichen Nutzen, aber hoher Profilierungschance für Wahlkreisabgeordnete und Stadtoberhäupter. Der Straßenneubau geht zu Lasten des Straßenerhalts, die Bestandsnetze werden zunehmend auf Verschleiß gefahren.

Wie kein anderes Land hat Sachsen im vergangenen Jahr Mittel aus Berlin, die für die Pflege und den Erhalt des Bestandsnetzes vorgesehen waren, in Neubauprojekte gesteckt. Diese Politik gefährdet die Qualität und Verfügbarkeit unseres Straßennetzes. Denn klar ist: Wenn nicht kontinuierlich in den Erhalt unserer Verkehrsinfrastruktur investiert wird, dann haben wir es morgen mit maroden Straßen und bröckelnden Brücken zu tun. Es droht eine Abwärtsspirale beim Erhalt des Straßennetzes, die jeder in einigen Jahren spüren wird. Ich setze mich für eine Neuausrichtung der Investitionspolitik ein, bei der mehr Mittel in die Erhaltung sowie in die Beseitigung von Engpässen fließen und auf Prestigeprojekte verzichtet wird.

Bei der Sanierung von Straßen sind mehr Bürgerbeteiligung und besserer Lärmschutz notwendig. Neben Luftverschmutzung ist Verkehrslärm der zweitgrößte Verursacher von Gesundheitsschäden. Deshalb brauchen wir einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz an bestehenden Straßen- und Schienenwegen. Freiwillige Lärmsanierung nach Kassenlage reicht nicht aus! Auch im Flugverkehr muss der Lärmschutz endlich Vorrang vor einseitigen Wirtschaftsinteressen erhalten.